



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 074-2021
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2021.RRGR.99

Eingereicht am: 22.03.2021

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Streit-Stettler (Bern, EVP) (Sprecher/in)
Marti (Bern, SP)
Kohler (Meiringen, Grüne)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Förderung der Meinungsbildung zur kantonalen Politik in den Medien

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Stiftung zu gründen und zu öffnen, die gezielt eine kontinuierliche und unabhängige Berichterstattung über kantonalbernerische Politthemen in den lokalen und regionalen Medien im Kanton Bern unterstützt. Diese Unterstützung erfolgt in Ergänzung zu den Massnahmen zur Medienförderung, die auf Ebene Bund und Kanton bereits geplant bzw. umgesetzt werden. Den Medien, die Gelder aus der Stiftung erhalten, wird von Seiten des Kantons Unabhängigkeit garantiert.

Begründung:

Die Medienlandschaft ist im Umbruch, der Inseratemarkt in den Printmedien ist nicht nur wegen der Corona-Krise praktisch zusammengebrochen, und Bezahlmedien verlieren an Auflage. Grosse Medienkonzerne legen Lokal- und Regionalzeitungen zusammen und dünnen die Redaktionen vor Ort aus. Auf dem Platz Bern will die TX Group (vor 2020 Tamedia) die Regionalredaktionen von BZ und Bund 2021 zu einer Redaktion verschmelzen, die neu beide – vorläufig noch eigenständigen – Zeitungen abdecken soll. Auf der anderen Seite zeigt es sich, dass lokale Medien unabdingbar sind, damit Demokratie auch lokal und regional funktioniert und sich Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu Wahlen und Abstimmungen eine Meinung bilden können. Zum Beispiel hat der Politikwissenschaftler an der Uni Zürich, Daniel Kübler, in einer Studie nachgewiesen, dass die Höhe der Wahlbeteiligung vor Ort direkt mit der lokalen Berichterstattung zusammenhängt. «Je magerer die Lokalberichterstattung über eine Gemeinde, desto geringer ist dort die Wahlbeteiligung», fasste der Landbote am 23. Juni 2018 das Resultat der Studie zusammen. Diese basiert auf Daten von 2010 – seither hat sich die Lage weiter zugespitzt.

Im Kanton Bern ist vor allem die Berichterstattung zu kantonalen Politthemen gefährdet – und dies nicht erst seit gestern. Es ist im Interesse kantonalbernerischen Politik, dass die Berichterstattung über die kantonale Politik nicht weiter ausgedünnt, sondern verstärkt wird. Ziel ist es, dass kantonalbernerische Politthe-

men und die Debatten darüber in den Medien pluralistisch abgebildet werden, so dass sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Bern unabhängig von der behördlichen Sicht eine Meinung bilden und sich dadurch am politischen Prozess beteiligen können.

Die oben geschilderten Entwicklungen in der Medienlandschaft weisen darauf hin, dass die Medienvielfalt nicht einfach dem Markt überlassen werden kann. Beispiele im Ausland zeigen, dass Lösungen gefunden werden müssen, damit eine minimale Vielfalt und Qualität der Medien erhalten werden kann. Zum Beispiel wurden etliche Presstitel in den USA und Kanada in die Hände von Stiftungen gelegt, um sie und damit auch ein Stück Pressvielfalt erhalten zu können. Im deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen wurde vor kurzem von der Regierung für die Förderung des Lokaljournalismus eine Stiftung «Vielfalt und Partizipation» auf den Weg gebracht.

Verteiler

– Grosser Rat